



Das Institute of Science and Technology Austria hat seinen Sitz in Maria Gugging bei Klosterneuburg nördlich von Wien.

Schiefelage bestehe insbesondere in einer nicht ausreichenden Finanzierung der Universitäten und Institute der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Die Situation in Innsbruck sei dafür symptomatisch. „Der Physikstandort in Innsbruck hat sich fantastisch entwickelt, aber nun fehlen die Mittel zur Konsolidierung“, sagt der Innsbrucker Quantenphysiker Rudolf Grimm, der auch Wissenschaftlicher Direktor am ÖAW-Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) ist: „Wir haben an der Universität Probleme mit der Gebäudesubstanz, die Laborinfrastruktur ist schlecht, und es fehlt schlichtweg an Platz.“

Nach einer Aufbruchstimmung der österreichischen Forschung seit 2000 habe in den vergangenen vier Jahren eine Reihe von Faktoren zu einer Stagnation geführt, so

Grimm. Dazu zähle die Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 2008, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ausreichend kompensiert werden konnte, und das Einfrieren einer geplanten Exzellenzinitiative, die mit insgesamt bis zu 50 Millionen Euro jährlich veranschlagt worden war. „Das Geld fehlt den Universitäten nun“, klagt Grimm. In Innsbruck hatten sich zudem die Hoffnungen auf den baldigen Neubau eines „Hauses der Physik“ zerschlagen, nachdem das Bundesland Tirol dieses Vorhaben nicht unterstützt hatte. Die Zusage für das IST Austria sei angesichts dieser Situation überraschend gekommen, sagt Grimm.

Die Innsbrucker Physiker sprechen sich zwar ausdrücklich für eine solide Basisfinanzierung des noch jungen IST Austria aus, sie betonen aber, dass die überaus groß-

zügigen Zusagen an IST Austria in zu großem Widerspruch zur sonstigen Unterfinanzierung der Universitäten und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften stünden. Langfristig sei damit ein fairer und gesunder Wettbewerb in der Forschung gefährdet. Dieser sei aber eine zentrale Voraussetzung dafür, um bisherige positive Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Physik, zu bewahren und weiter voranzutreiben. „Das IST Austria war bei seinen Berufungen bislang vor allem in der Informatik und den Lebenswissenschaften erfolgreich, nicht aber in der Physik“, betont Grimm.

Die Kritik einer ungerechtfertigten Bevorzugung des IST wies der österreichische Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle gegenüber dem ORF zurück, da man nicht „völlig unterschiedliche Dinge“ vergleichen dürfe. Der Präsident des Österreichischen Wissenschaftsrats, Jürgen Mittelstraß, sprach dagegen „angesichts der Unterdotierung der Unis“ von einer „ziemlichen Asymmetrie“.

„Uns treibt die Sorge, welche Weichen gestellt werden“, sagt Rudolf Grimm. „Wenn man es extrem optimistisch sieht, könnte man die Mittelzusage für das IST Austria als Signal dafür interpretieren, dass im nächsten Schritt die Universitäten und Akademieinstitute dran sind. Aber das dürfte angesichts der derzeitigen Lage eher utopisch sein.“

Alexander Pawlak

■ Revolution an den Universitäten

Alle französischen Universitäten sind nun weitgehend autonom.

Ein im Sommer 2007 verabschiedetes Gesetz gibt den französischen Universitäten eine weitreichende Selbstständigkeit. Anfang dieses Jahres haben die letzten der insgesamt 83 Hochschulen ihre Statuten und Gremien entsprechend angepasst und verwalten nun Personal und Finanzen in eigener Regie.

Das Gesamtbudget jeder Hochschule wird vom Ministerium aus

einer Reihe von „ergebnisorientierten“ Parametern bestimmt, wie der Zahl der an Prüfungen teilnehmenden Studenten und ihrer Erfolgsquote, der Zahl der publizierenden Wissenschaftler und vor allem anhand der Evaluierung der Forschungsabteilungen und der Studiengänge durch die staatliche Bewertungsagentur AERES.

Eine kürzlich veröffentlichte erste Bilanz zeigt, wie die Universitäten

die neue Freiheit nutzen. Das bisher der engen staatlichen Vorgaben wegen recht homogene Studienangebot ist vielfältiger geworden. In der Forschung bilden sich vermehrt thematische Schwerpunkte – die Exzellenzinitiative verstärkt diese Tendenz.^{*)} Die Gremien wurden gestrafft, und ihre Kompetenzen zum Teil erheblich erweitert. Alle Hochschulen verfügen nun über drei Räte für Verwaltung, wissenschaft-

*) Physik Journal, Juni 2011, S. 12

§) Physik Journal, März 2009, S. 14

liche und studentische Angelegenheiten. Das wichtigste Gremium bildet der 20 bis 30-köpfige Verwaltungsrat, der gewählte Mitglieder (je vier bis sieben Professoren und Angestellte aus dem Mittelbau, einige Vertreter der Studenten und des technischen Personals) und etwa zehn Externe aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft umfasst.

Einer kleinen kulturellen Revolution gleich kommen die vielerorts eingeführten flexibleren Statuten für Hochschullehrer, insbesondere Lehrverpflichtung und Gehaltszulagen, die nach Forschungsleistung und Verwaltungsaufgaben differenziert sind. Manche Universitäten haben besonders gut ausgestattete Lehrstühle eingerichtet, meist im Rahmen von Exzellenzclustern oder mit industrieller Beteiligung.

Die Immobilien-Frage

Bisher ist der Staat Eigentümer der von den Universitäten genutzten Gebäude. In einem Pilotprojekt wurden jetzt drei Hochschulen in Toulouse, Clermont und Poitiers ihre Immobilien übertragen. Als ein typisches Beispiel besitzt die traditionsreiche Université de Poi-

tiers neben mehreren Palästen aus dem 15. Jahrhundert hauptsächlich Gebäude aus den 60er- und 70er-Jahren mit einer Gesamtfläche von 360 000 Quadratmetern. Insbesondere um die hohen Energiekosten zu senken, sind eine umfassende Renovierung und eine effizientere Belegung geplant; die Nutzfläche soll sich um ein Viertel verkleinern.

An fast allen Universitäten besteht ein ähnlicher Bedarf an Instandsetzung, aber die Finanzierung ist noch unklar. Zwölf meist große Hochschulen verfügen im Rahmen des 2008 lancierten „plan campus“ über insgesamt fünf Milliarden Euro.⁹⁾ Für manche kleinere Einrichtung sieht die Zukunft weniger rosig aus. Kritiker befürchten deren finanzielle und wissenschaftliche Auszehrung. Tatsächlich stehen seit Herbst 2011 mehrere Hochschulen wegen ihres Haushaltsdefizits unter Aufsicht. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai und Juni werden keine grundlegende Änderung nach sich ziehen: Die derzeitige Opposition will gegebenenfalls die Politik universitärer Autonomie fortführen.

Alois Würger

USA

Gutachter sollen anonym bleiben

Ein Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus, der die Vergabe staatlicher Forschungsgelder transparenter machen soll, sorgt für Aufregung. Mitte November 2011 hatte das House Committee on Oversight and Government Reform den von Republikanischen Abgeordneten eingebrachten Grant Reform and New Transparency Act gebilligt. Er sieht u. a. vor, dass alle Anträge für staatliche Forschungsgelder auf einer Webseite frei zugänglich sein sollen. Darüber hinaus sollen die Namen, akademischen Titel und Arbeitgeber aller Gutachter bekanntgegeben werden, die in dem halben Jahr vor der Bewilligung eines Forschungsantrags im entsprechenden Förderprogramm tätig waren. Damit wollen die Abgeord-

neten, die den Entwurf ausgearbeitet haben, sicher stellen, dass das Geld des Steuerzahlers verantwortungsbewusst ausgegeben wird. Die bisherige Vergabe von Forschungsgeldern sei zu kompliziert und zu wenig transparent. Verschiedene Organisationen hatten schon auf die verheerenden Folgen für die Begutachtung und Förderung von Forschungsprojekten hingewiesen, die ein Inkrafttreten des Gesetzentwurfes hätte. Jetzt haben sich auch die American Physical Society (APS) und das American Institute of Physics (AIP) mit einem Brief an die Kongressabgeordneten zu Wort gemeldet. Sie weisen darauf hin, dass die Förderorganisationen und Gutachter die Anträge vertraulich behandeln, um Eigentumsrechte der Antragsteller oder ihrer Arbeitgeber zu schützen. Eine Ver-